

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 19. Februar 1965

A 22127 C

Nummer 8

### Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Februar 1965

#### Die internationale Situation

Die internationalen Währungsbeziehungen standen auch in den letzten Wochen im Zeichen starker Spannungen. Die erneute Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanz hat unterstrichen, daß die bisherigen nationalen Anstrengungen und internationalen Hilfsmaßnahmen nicht ausreichen, um die Waren- und Kapitalströme zwischen den führenden Industrieländern ins Gleichgewicht zu bringen. Eine Rückkehr zur Goldwährung verbietet sich ebenso wie ein Übergang zu flexiblen Wechselkursen. Die jüngsten Diskussionen machen jedoch klar, daß starke Kräfte auf eine Änderung des Weltwährungssystems drängen, die, wenn sie nicht zu unübersehbaren Störungen der zwischenstaatlichen Verflechtungen führen soll, auf breitester internationaler Ebene beschlossen werden muß. Fragt es sich, ob die Länder gut beraten waren, die Reform des Währungssystems so dilatorisch zu behandeln, so sollten zumindest nunmehr die Arbeiten im Rahmen des Zehner-Klubs und des Internationalen Währungsfonds vorangetrieben werden, um eine allgemein akzeptable Lösung dieses für alle Volkswirtschaften lebenswichtigen Problems zu finden.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* hat sich das wirtschaftliche Wachstum in den ersten Wochen dieses Jahres leicht verstärkt. Die Beschäftigungsmöglichkeiten waren besser als saisonüblich, so daß die Arbeitslosenquote auf 4,8 vH (saisonbereinigt) zurückging. Wie schon in den letzten Monaten 1964 haben wieder die Lagerinvestitionen zu dem günstigen Wirtschaftsablauf beigetragen. Da aber eine Anreicherung der Lagerbestände über das durch den Produktionsprozeß bedingte Maß hinaus destabilisierend wirkt, hat die Regierung ihr Interesse an dem baldigen Abschluß eines neuen Tarifvertrages in

der Stahlindustrie nachdrücklich bekundet, in der Überzeugung, daß die Voraussetzungen für eine relative Preisruhe auch weiterhin günstig sind.

Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Überlegungen ist die erneute Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation. Bei weiter hohen Überschüssen im Leistungsverkehr haben verstärkte Kapitalabflüsse im vierten Quartal 1964 das Defizit bei den sogenannten regulären Transaktionen auf rund 6 Mrd. \$ (Jahresbasis, saisonbereinigt) schnellen lassen. Für das abgeschlossene Jahr 1964 konnte gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerte Verbesserung erzielt werden. Diese anhaltenden Kapitalexporte stehen zum Teil mit einem nach wie vor gegebenen Zinsgefälle in Zusammenhang; soweit es sich um Direktinvestitionen handelt, dürfte aber der Wunsch ausschlaggebend sein, auf den Binnenmärkten der wichtigsten Industrieländer zu gleichen Bedingungen produzieren und absetzen zu können wie die heimische Industrie, haben doch gerade die jüngsten Ereignisse in Großbritannien gezeigt, daß die ausländische Konkurrenz jederzeit einer Diskriminierung ausgesetzt werden kann. Eine Bekämpfung des Kapitalabflusses durch eine Anhebung der Zinssätze ist jedoch wegen der Gefahr, daß dabei die binnenwirtschaftliche Aktivität beeinträchtigt werden könnte, umstritten; so hat die Regierung dem Kongreß vorgeschlagen, die Zinsausgleichsteuer zu verlängern und auf Bankkredite sowie Kredite von Kapitalsammelstellen auszudehnen. Zudem sollen Anlagen des Auslandes in den USA steuerlich begünstigt werden. Ferner hat die Regierung an die Unternehmen appelliert, ihre Investitionen im Ausland einzuschränken. Da sich die amerikanischen Defizite nicht aus einer Überforderung des Produktionspotentials erklären und somit auch nicht durch eine Deflation behoben werden können, scheint der

von den USA beschrittene Weg der Einwirkung auf den Kapitalverkehr zwar bedauerlich, aber in der gegenwärtigen Konstellation kaum zu vermeiden zu sein.

In *Großbritannien* ist der Index der industriellen Produktion nach der Stagnation in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres im Oktober/November 1964 sprunghaft gestiegen. Eine überzeugende Erklärung für eine derartige Zunahme der Wirtschaftstätigkeit bietet sich nicht an. Auswirkungen der nach den Wahlen ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen scheiden aus den Überlegungen aus, da diese Maßnahmen teilweise erst später in Kraft traten. Werden die Bewegungen des Index der industriellen Produktion mit Schwächen in der statistischen Erfassung des Produktionsprozesses erklärt, so ergibt sich eine mehr oder weniger gleichmäßig über das vergangene Jahr verteilte Zunahme der industriellen Erzeugung (um 3,1 vH während der ersten elf Monate) als die wahrscheinlichere Entwicklung.

Im Jahresvergleich ist nach Berücksichtigung der neusten Angaben mit einer Zuwachsrate des Brutto-sozialprodukts von reichlich 4 vH zu rechnen. Die Exporte haben etwa im gleichen Ausmaß zugenommen (+ 4,5 vH); die Importe dagegen stiegen um 15 vH. Der erhöhte Rückgriff auf das Auslandsangebot diente der Anreicherung der Läger, ermöglichte aber auch die Realisierung privater und öffentlicher Investitionsvorhaben, die 1964 ihren Vorjahrsstand um 15 vH überstiegen haben dürften. Zu einem Teil sind es Konkurrenzvorteile gewesen, die die Nachfrage auf das Auslandsangebot ausweichen ließen, aber auch binnenwirtschaftliche Engpässe haben hier eine Rolle gespielt.

Die hohe Importneigung in Expansionszeiten stellt Großbritannien immer wieder vor nachhaltige außenwirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Erfahrungen des letzten Jahres legen nun den Schluß nahe, daß gegenwärtig die Angebotselastizität der britischen Wirtschaft zu gering ist, um eine reale Produktionszunahme von jährlich 4 vH — wie sie langfristig von der Regierung gewünscht wird — zu realisieren. Neue außenwirtschaftliche Ungleichgewichte wird Großbritannien nur vermeiden können, wenn es seine reale Expansion so weit reduziert, daß sich die Einfuhrentwicklung an das Wachstumstempo der Ausfuhr anpaßt. Dieser Weg scheint zumindest so lange zwangsläufig zu sein, bis Änderungen in der Verhaltensweise der Unternehmer und der Arbeitnehmer die Voraussetzungen für eine stärkere Dynamik des Wirtschaftsablaufs schaffen.

Die Wirtschaft *Frankreichs* stagniert weiterhin auf einem hohen Niveau. Angesichts unzureichender Kapazitätsauslastung und anhaltend pessimistischer Nachfragerwartungen ist die Investitionsbereitschaft der französischen Unternehmer unverändert gering. Zwar sind es überwiegend die Klein- und Mittelbetriebe, denen das Risiko neuer Investitionen

zu hoch erscheint, während die großen Unternehmen für 1965 erstmals seit drei Jahren wieder umfangreiche neue Anlagen planen; dennoch zeichnet sich insgesamt noch kein Tendenzwandel in der privaten Investitionsneigung ab. Konjunkturstützend wirkten — neben der öffentlichen Bautätigkeit — vor allem die Exporte, die im vierten Quartal 1964 um knapp 16 vH gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum gestiegen sind. Allerdings erhöhten sich gleichzeitig auch die Importe mit reichlich 11 vH in einem für die gegenwärtige Einkommensentwicklung beachtlichen Ausmaß. Der private Verbrauch nimmt konjunkturell weiter ab. Während die Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern etwas angezogen zu haben scheint, sinkt der Bedarf an Textil- und Ledererzeugnissen weiterhin schnell, mit der Folge stark wachsender Lagerbestände auf den Verteilungsstufen.

Die Preisentwicklung war in Frankreich in den letzten Monaten recht befriedigend; der Index der Lebenshaltungskosten verharrte auf dem im Herbst 1964 erreichten Niveau; auch der Lohnanstieg hat sich weiter abgeflacht; doch hat die Regierung bisher — abgesehen von geringen geld- und kreditpolitischen Erleichterungen — von einer Anregung der heimischen Wirtschaftstätigkeit abgesehen.

In *Italien* hält die Abschwächung an. Bei sinkender Produktion kennzeichnen Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen den Arbeitsmarkt. Noch immer sind die Lohn- und Preissteigerungen nicht zum Stillstand gekommen. Da in diesem Jahr eine Reihe wichtiger Tarifverträge, die über 7 Millionen Arbeitnehmer betrifft, gekündigt werden kann, ist mit einer Beruhigung im Lohn- und Preissektor noch immer nicht zu rechnen. Die sinkende Auslastung der Kapazitäten bei anhaltender Verschlechterung der Kosten-Erlös-Situation erklärt auch den Rückgang der Investitionsaufwendungen, der im Jahre 1964 im industriellen Bereich auf 15 bis 20 vH geschätzt wird.

Bei den derzeitigen schlechten Gewinn- und Absatzerwartungen, zu denen noch die Ungewißheit durch die geplante Wirtschaftsprogrammierung und die zukünftige Baulandgesetzgebung tritt, kann vorläufig ein Umschwung in der Investitionsbereitschaft der Unternehmer nicht erwartet werden. Um die von dem Nachfrageausfall besonders hart getroffene Bauwirtschaft zu stützen, hat die Regierung zusätzliche Finanzierungsmittel bereitgestellt, die die Fortführung und Intensivierung öffentlicher Bauvorhaben gewährleistet. Mit weiteren Stützungsmaßnahmen ist zu rechnen.

#### Die Lage in Westdeutschland

Die mit der Diskonterhöhung vom 21. Januar d. J. ausgesprochene Warnung soll nach dem Willen der Bundesbank mehr als nur deklamatorische Bedeutung haben, obwohl eine Diskonterhöhung von nur einem halben Prozent, mit der man sich aus außenwirtschaftlichen Gründen begnügen mußte, zur

Bekämpfung des Preisauftriebs äußerst bescheiden erscheint.

Trotzdem geht die Wirkung dieser Änderung des Leitzinses über einen warnenden Appell hinaus. Die Diskonterhöhung trifft nämlich auf eine monetäre Situation, die schon seit längerem alle Merkmale der Anspannung zeigt, ohne daß diesmal die früher gegebenen Möglichkeiten einer wirksamen Entlastung von seiten des Auslandes vorhanden sind.

Daß die restriktive Politik weitaus stärker wirkt als es die geringe Diskontsatzänderung erwarten läßt, zeigt sich schon in der Reaktion des Rentenmarktes, der auf die Diskonterhöhung sofort mit weiteren Kursrückgängen, also Zinssteigerungen, reagierte; angesichts der starken Abhängigkeit des Rentenmarktes von der jeweiligen Verfassung des Geldmarktes, d. h. der Liquiditätssituation der Banken, war dies auch durchaus zu erwarten.

Der ungewöhnlich niedrige Pfandbriefabsatz im Januar, einem Monat, der schon aufgrund der Zins- und Kuponausschüttungen zu den Spitzenmonaten für die Anlage in Rentenwerten gehört, zeigt die verstärkte Anfälligkeit und Labilität des Rentenmarktes gegenüber Störungen jeder Art. An dieser Schwäche kann auch die vorübergehende Schonung des Rentenmarktes nichts ändern, die man ihm jetzt durch größere Zurückhaltung in der Emissionstätigkeit zuteil werden läßt. Denn früher oder später wird dieser aufgestaute Emissionsbedarf wieder zu verstärkten Emissionen führen, da der Bedarf an langfristigen Krediten weiterhin so schnell wie bisher zunehmen dürfte. Vor allem die öffentliche Hand wird angesichts des zunehmenden Zwangs zur Kreditfinanzierung ihrer Investitionsaufwendungen ihre Ansprüche an den Kapitalmarkt trotz Zinserhöhung eher verstärken als abschwächen. Auch auf den sozialen Wohnungsbau wird die Verteuerung des langfristigen Kredits so lange keine dämpfende Wirkung haben, wie die Zinserhöhung durch Zinssubventionen der öffentlichen Hand kompensiert wird. Dagegen dürfte der freifinanzierte, kommerzielle Wohnungsbau durch die Zinserhöhung zunehmend erschwert werden. Die insgesamt schwächer gewordene Nachfrage nach Hochbauleistungen würde hierdurch zusätzlich gedämpft, der eigentliche Herd des allgemeinen Preisauftriebs allerdings nicht betroffen werden.

Die nach wie vor aufwärtsgerichtete allgemeine Preisentwicklung kann unter den gegenwärtigen Bedingungen einer anhaltend starken Konjunktur durch kreditpolitische, insbesondere zinspolitische Maßnahmen keineswegs in dem erwünschten Sinne beeinflußt werden.

Die potentiellen Gefahren einer Anreicherung der Liquidität durch verstärkten Mittelzufluß aus dem Ausland sind zwar durch den inzwischen erreichten Ausgleich der Grundbilanz innerhalb der westdeutschen Zahlungsbilanz gebannt, und auch der unmittelbare Inflationsimport in Gestalt von verteuerten ausländischen Kostengütern hat — nach-

dem der Preisauftrieb im Ausland nachgelassen hat — an preissteigernder Wirkung für das Inlandspreisniveau verloren. Aber die für die Preistendenzen ungleich wichtigere, unmittelbare Beanspruchung des westdeutschen Erzeugungs- und Leistungspotentials durch die steigende Auslandsnachfrage hat sich trotz der im Vergleich zum ersten Halbjahr 1964 nur noch langsam wachsenden Ausfuhr und beschleunigt zunehmender Einfuhr bisher nicht so verringert, daß von einer, jetzt vom Ausland ausgehenden, wirksamen Entlastung der Inlandserzeugung gesprochen werden könnte. Das Einfuhrdefizit betrug nämlich für das Jahr 1964 wie schon im Vorjahr rund 5 Mrd. DM. Das war zwar erheblich weniger, als im Zeichen des sich in der zweiten Jahreshälfte 1963 rasch anbahnenden und bis zum ersten Quartal 1964 anhaltenden Exportbooms für das Jahr 1964 erwartet wurde, aber es war immer noch „zu viel“, um bei einer unverändert starken inneren Expansion die Preisstabilität aufrechtzuerhalten.

Die zum Abbau dieses Defizits beitragenden Marktkräfte sind in Gestalt steigender Ausfuhrpreise (Zunahme von Dezember 1963 bis Dezember 1964: 4,2 vH) und dadurch verringerter Zunahme des Ausfuhrvolumens wie auch des Ausfuhrwertes, sowie durch langsamer steigende Einfuhrpreise (Zunahme von Dezember 1963 bis Dezember 1964: 2 vH) bei beschleunigter Zunahme der Einfuhr durchaus wirksam gewesen. Der Beitrag, der durch die Anpassungstendenzen der inländischen Preise und Kosten an das internationale Niveau für den Ausgleich der Zahlungsbilanz geleistet wurde, hat jedoch keineswegs den preispolitischen Intentionen der Bundesrepublik entsprochen; denn nicht nur die Ausfuhrpreise, sondern auch die Inlandspreise steigen bei einer derartigen Anpassung. Auch kann für den jetzt erreichten Status einer etwa ausgeglichenen Zahlungsbilanz nicht unterstellt werden, daß die Anpassung damit abgeschlossen ist und sich die Wirtschaftspolitik nunmehr auf die Dämpfung des durch binnenwirtschaftliche Faktoren bedingten Preisauftriebs beschränken kann, ohne daß sie hierdurch Gefahr liefe, wiederum den „Inflationsimport“ in Gang zu setzen.

Wenn aber durch die bisherige Anpassung nicht mehr erreicht werden konnte, als den Überschuß der Warenbilanz — der die internationale Preis- und Kostendifferenzierung zugunsten Westdeutschlands deutlich widerspiegelt — konstant zu halten, nicht aber abzubauen, dann dürfte der Schluß berechtigt sein, daß die Wettbewerbsposition der westdeutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland trotz der erhöhten Preise für Ausfuhr Güter nicht ernsthaft beeinträchtigt worden ist. Mit einer ins Gewicht fallenden Verschlechterung dieser Position ist auch für die nächste Zukunft kaum zu rechnen. Die Anpassung über stark steigende Preise für deutsche Ausfuhr Güter wird weitergehen. Ein grundlegender Wandel der westdeutschen Warenbilanz,

also eine für das inländische Erzeugungspotential fühlbare Entlastung durch einen starken Abbau des Einfuhrdefizits, ist jedoch unwahrscheinlich. Die Entwicklung des Ausfuhrsaldos im zweiten Halbjahr vergangenen Jahres, das einen beträchtlichen Anstieg dieses Saldos im vierten gegenüber dem dritten Quartal zeigte, könnte sogar das Gegenteil, nämlich eine wieder zunehmende Belastung vermuten lassen.

Die Bundesregierung hat durch Zulassen des Preisauftriebs im Inland „Vorleistungen“ für die erstrebte Angleichung der internationalen Preis- und Kostenunterschiede erbracht. D. h. die Reduzierung der Einfuhrdefizite und die Umkehr zu Ausfuhrüberschüssen in den ursprünglichen Defizitländern sind nicht nur auf die restriktive Politik dieser Länder zurückzuführen, sondern auch durch die Verstärkung des Preis- und Kostenauftriebs in Westdeutschland zumindest erleichtert worden.

Das Ziel der Bundesregierung, durch Koordinierung der Konjunkturpolitik innerhalb der EWG die bestehenden Preis- und Kostendifferenzen zwischen diesen Ländern auf jenes Maß zu verringern, das einen störungsfreieren Ausgleich der Außen-

handelsbeziehungen in Westeuropa nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft ermöglichen würde, ist wegen der gleichzeitig zu erfüllenden Bedingungen keine leichte Aufgabe. Denn es müssen jene, die bisherige Entwicklung kennzeichnenden, starken Unterschiede im Inflationsgrad der einzelnen Länder zum Verschwinden gebracht werden, die bisher als immanente Daten der wirtschaftlichen Entwicklung immer nur vorübergehend und nicht dauerhaft beeinflußt werden konnten.

Die Zurückhaltung, mit der die optimistischen Erwartungen der Bundesregierung beurteilt werden, auf diesem Wege zu einer Lösung des Inflationsproblems in Westdeutschland zu gelangen, ist also nicht unbegründet. Die verbleibende Alternative der Kursflexibilität wäre zwar das geeignete Mittel, um die vom Ausland ausgehenden Preissteigerungstendenzen für die Binnenwirtschaft nicht wirksam werden zu lassen; aber ganz abgesehen davon, daß auch die Kursflexibilität das Auftreten rein binnenwirtschaftlich bedingter Preissteigerungsfaktoren nicht ausschließen würde, ist sie ein Instrument, für dessen erfolgreiche Anwendung bisher keine überzeugenden Resultate vorliegen.

## Kapitalbildung und Außenhandel in Nigeria

Nigerias „Nationaler Entwicklungsplan 1962 bis 1968“ — in erster Linie ein Ausgabenplan der Regierung, der aber auch die Voraussetzungen und Auswirkungen privater Wirtschaftstätigkeit berücksichtigt — soll die Industrialisierung des Landes unterstützen. Bisher sind noch vier Fünftel der Erwerbstätigen Nigerias in der Landwirtschaft beschäftigt und etwa 85 vH der Ausfuhr stammen aus diesem Sektor. Die Industrialisierungstendenz des Sechsjahresplanes zeigt sich deutlich in der Bevorzugung der „produktiven“ Investitionen gegenüber den Investitionen für die „soziale Infrastruktur“ (Erziehung, Gesundheit, Wohnungssektor). Der Anteil des Sektors „Industrie“ an den Gesamtinvestitionen steigt dabei von 2,9 vH im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1961 auf 13,4 vH im Plan 1962 bis 1968.

Hauptziel des Nationalen Entwicklungsplanes ist die Schaffung der Grundlagen für ein sich selbst tragendes Wachstum (self-sustained growth) bei

Aufteilung der Regierungsausgaben im Zeitraum 1955-1961  
und im Plan 1962-1968  
in vH

	1955-1961	1962-1968
Produktive Investitionen (Development Expenditure) . . . . .	50,8	71,4
Ausgaben für Sozialstruktur (Social Overhead Expenditure) . . . . .	19,9	20,8
Verwaltungsausgaben . . . . .	29,3	7,8
<i>Quelle: National Development Plan 1962-1968, The Federal Ministry of Economic Development, Lagos, Nigeria.</i>		

einer jährlichen Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 4 vH. Dies wiederum macht eine Investitionsrate von 15 vH des Bruttosozialprodukts erforderlich. Im wesentlichen wird damit eine Entwicklung fortgesetzt, die sich bereits im Zeitraum 1960 bis 1962 mit Wachstumsraten von 3,9 vH und einer Investitionsquote von 15 vH des Bruttosozialprodukts gezeigt hat. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgte jedoch bisher nur teilweise über das Inlandssparen (1957—1962: 9,5 vH des Bruttosozialprodukts); ein erheblicher Beitrag ergab sich aus dem passiven Saldo der Handelsbilanz. Die Entwicklung des Handelsbilanzsaldos verlief von einem Exportüberschuß in Höhe von 4,8 vH des Bruttosozialprodukts 1950/51 bis zu einem Defizit von 5,4 vH des Bruttosozialprodukts im Zeitraum 1960 bis 1962. Eine Überleitung der nigerianischen Volkswirtschaft zum selbständigen Wachstum setzt damit eine wesentliche Erhöhung der inländischen Sparquote voraus. Im Plan ist dementsprechend eine Steigerung der Quote auf 15 vH des Bruttosozialprodukts im Jahre 1975 vorgesehen. Das gesamte Außenhandelsdefizit soll für den Planungszeitraum 1962 bis 1968 den Betrag von 1345 Mill. US-\$ nicht übersteigen; bezogen auf das Bruttosozialprodukt rechnet man im Plan mit einer Ermäßigung des Handelsbilanzdefizits von 7 vH im Zeitraum 1962 bis 1963 auf 5,7 vH des Bruttosozialprodukts in den Jahren 1967/68.

Die Finanzierung der Investitionen durch eigene Sparleistung wird bei einem höheren Entwicklungsgrad einer Volkswirtschaft zunehmende Bedeu-

tung erlangen müssen; auf eine Aufbringung der Mittel durch einen passiven Außenhandelsaldo kann theoretisch in dem Umfang verzichtet werden, in dem die Volkswirtschaft Investitionsgüter selbst bereitstellen kann. In Nigeria ist die Produktion von Investitionsgütern in diesem frühen Industrialisierungsstadium allerdings noch unbedeutend. Auf der anderen Seite wird die erstrebte Begrenzung des Einfuhrüberschusses dadurch erschwert, daß mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen gewöhnlich auch eine Erhöhung der Konsumgütereinfuhren einhergeht, durch die die „entwicklungswirksame“ Komponente der Importe abgeschwächt wird. Es ist beabsichtigt, die Zusammensetzung der Einfuhr durch fiskalische Maßnahmen zu steuern; direkte Einflußnahmen etwa durch Importlizenzen oder Devisenkontrolle sollen aber vermieden werden. Der vorgesehene Wechsel in der Importstruktur wird bei der Gegenüberstellung der Daten für 1954 und 1960 mit den Planungen für 1967 deutlich.

Die Einfuhr Nigerias nach Warengruppen in vH

Warengruppen	1954	1960	1967
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	14,5	14,2	13,7
Flüssige Brennstoffe . . . . .	4,9	4,4	1,4
Chemikalien . . . . .	4,2	5,7	7,2
Fertigwaren . . . . .	47,6	37,9	35,0
Maschinen, Transportausrüstung.	17,5	24,3	29,3
Sonstiges . . . . .	11,3	13,5	13,5

Quelle: National Development Plan 1962-1968, The Federal Ministry of Economic Development, Lagos, Nigeria.

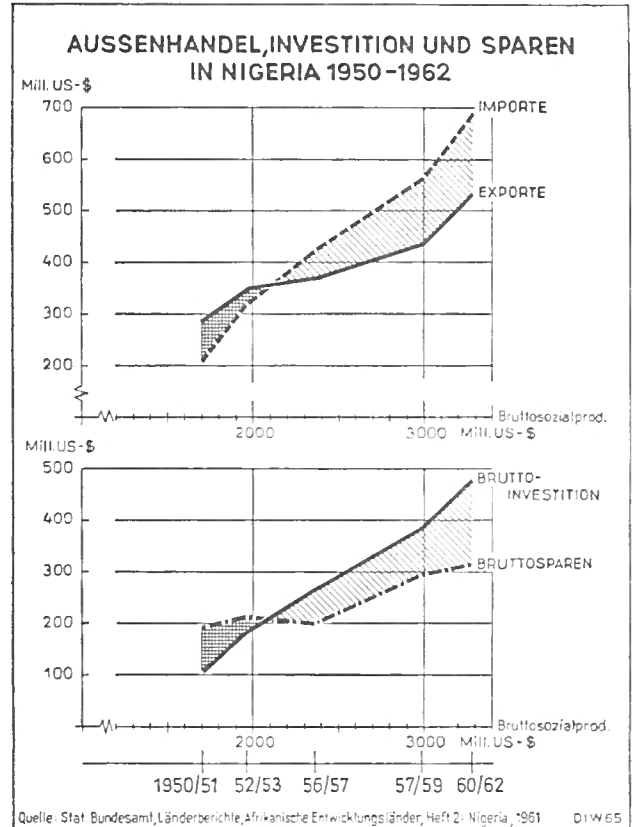
Die Zahl der Exportgüter wird weiter vergrößert: Zu den sieben Hauptprodukten — Kakao, Palmkerne, Erdnüsse, Kautschuk, Palmöl, Holz, Zinn — sollen bis 1967 noch Erdöl und Baumwollgewebe treten.

Die Bedeutung des Außenhandels soll im Planungszeitraum 1962 bis 1968 weniger als bisher in seiner Finanzierungsfunktion für die Kapitalbildung in Nigeria bestehen. Hierfür soll verstärkt das Inlandssparen verantwortlich werden. Der Außenhandel soll vielmehr seine ihm eigene Rolle als Ausgleichsmechanismus der komparativen Kostenvorteile einnehmen, damit aber nicht weniger wichtig

Ein- und Ausfuhrwerte Nigerias in Mill. US-\$

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr. (-) bzw. Ausfuhr. (+) Überschuf
1954	319,4	408,6	+ 89,2
1955	381,1	363,2	- 17,9
1956	427,6	370,3	- 57,3
1957	428,9	347,7	- 79,2
1958	466,0	371,8	- 94,2
1959	499,5	449,4	- 50,1
1960	602,5	450,5	-152,0
1961	622,7	476,2	-146,5
1962	568,4	459,2	-109,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, afrikanische Entwicklungsländer, Heft 2, Nigeria, 1961.



für die Kapitalbildung und Wirtschaftsentwicklung Nigerias sein als bisher.

Der Außenhandel Nigerias in der Vergangenheit wies seit 1955 ein fast stetig steigendes Defizit auf.

Der Saldo der Handelsbilanz, der z. B. im Jahre 1962 — 109 Mill. US-\$ betrug, bedeutet jedoch mehr als lediglich eine Vergrößerung der verfügbaren Gütermenge. Die Bedeutung dieses Importüberschusses kann die zahlenmäßige Wertangabe übersteigen, wenn durch ihn (Kapital-)Güter verfügbar werden, die für die Entwicklung des Produktionspotentials eine Schlüsselfunktion besitzen und die im Lande selbst nicht oder noch nicht hergestellt werden können.

Die vorgegebenen Hauptziele des Entwicklungsplans — Industrialisierung und sich selbst tragendes Wachstum — stehen in einem engen Zusammenhang. Auf lange Sicht wird sich nämlich eine ausgeglichene Handelsbilanz nicht nur durch eine Ausfuhrsteigerung der traditionellen Güter und durch die Entwicklung „neuer“ Ausfuhrgüter erreichen lassen, vielmehr muß langfristig eine Importsubstituierung damit einhergehen. Voraussetzung dafür aber ist eine Änderung und Ausfächerung der Produktionsstruktur.

Eine umfassende Industrialisierung wird in Nigeria erschwert durch die mangelnde Energieversorgung, die ungenügende verkehrsmäßige Erschließung sowie durch den niedrigen Ausbildungsstand der einheimischen Arbeitskräfte. Daß der Industrialisierungsprozeß trotz dieser Schwierig-

keiten vorangetrieben wird, läßt sich aus der Zusammensetzung der Einfuhr leicht ablesen: Der Anteil der Investitionsgüter am Gesamtimport hat sich ständig erhöht.

Bei gewissen Einzelprojekten — etwa bei den drei Zementwerken in Nkalagu, Port Harcourt und Papalento sowie bei der Spinnerei und Weberei in Kaduna (Nordregion), die im Berichtszeitraum 1961/62 ihre Produktion von gebleichtem und gefärbtem Baumwollstoff aufgenommen hat — zeigt sich bereits ein importsubstituierender Effekt. So haben sich die Ausfuhren von Rohbaumwolle 1962 gegenüber 1961 fast halbiert, dabei sind aber gleichzeitig die Einfuhren von Baumwollgeweben erheblich zurückgegangen.

Importsubstitution setzt in vielen Fällen einen inländischen Markt voraus, der eine Absatzmenge garantieren kann, die eine Ausnutzung der „economies of scale“ bei der Produktion ermöglicht. Ein gutes Beispiel für diese Tatsache gibt die Entwicklung der Einfuhr von flüssigen Brennstoffen, die den wachsenden Bedarf für diese Produkte zeigt. Der „Nationale Entwicklungsplan 1962—1968“ sieht im Zeitraum 1964/65 die Inbetriebnahme einer Raffinerie in Port Harcourt vor, die das in Nigeria geförderte Erdöl verarbeiten und die wichtigsten Arten von flüssigen Brennstoffen bereitstellen soll, während die restlichen Arten zunächst weiter importiert werden müssen. Der Import wird jedoch nur ein Bruchteil der vor der Fertigstellung der Raffinerie eingeführten Menge sein, und überdies soll die verbleibende Einfuhr teilweise durch den Export der nigerianischen Überschußproduktion an afrikanische Nachbarländer ausgeglichen werden.

Die Einfuhr von flüssigen Brennstoffen beträgt (in Mill. US- $\text{\$}$ ):

1955 .....	16,2
1960 .....	26,2
1963 .....	32,8
1965 (geplant) .....	9,5

Die Bemühungen um eine Ausfuhrsteigerung im Hinblick auf den Ausgleich der Handelsbilanz waren

in der Vergangenheit nicht sehr erfolgreich. Obwohl in der wirtschaftlichen Entwicklung Nigerias der Erweiterung der Rohstoffbasis und der Verbesserung der organisatorischen und verkehrstechnischen Abwicklung des Rohstoffgeschäfts eine hohe Priorität eingeräumt wurde, sind die Ausfuhrwerte Nigerias von 1954 bis 1958 ständig zurückgegangen — wobei die Verschlechterung der Austauschrelationen (terms of trade) mitgewirkt hat — und zeigen erst seit 1959 wieder eine langsam steigende Tendenz. Noch stärker sind jedoch auch seitdem die Importe gestiegen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es interessant, die Rolle der Bundesrepublik zu betrachten, die den dritten Rang in den Außenhandelsbeziehungen Nigerias einnimmt.

Der Außenhandel Nigerias mit der Bundesrepublik  
in Mill. US- $\text{\$}$

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- ( ) bzw. Ausfuhr-(+) Überschuß
1954	27,1	28,3	+ 1,2
1955	23,6	26,3	+ 2,7
1956	29,3	28,9	— 0,4
1957	27,6	26,4	— 1,2
1958	32,9	43,3	+ 10,4
1959	29,3	58,0	+ 28,7
1960	39,6	65,5	+ 25,9
1961	39,5	56,2	+ 16,7
1962	29,5	72,7	+ 43,2
1963	38,3	65,0	+ 26,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, afrikanische Entwicklungsländer, Heft 2, Nigeria, 1961.

Die Aufstellung zeigt, daß die Bundesrepublik sehr dazu beigetragen hat, das Außenhandelsdefizit nicht noch höher ansteigen zu lassen: Erreichte doch der Exportüberschuß Nigerias mit der Bundesrepublik im Jahre 1962 beispielsweise 40 vH des gesamten Defizits der Handelsbilanz Nigerias. Die Zahlungsbilanz Nigerias wurde von seiten der Bundesrepublik aber außerdem durch die Gewährung von Entwicklungshilfen (Kapitalhilfe, technische Hilfe sowie private Investitionen) in Höhe von über 100 Mill. DM bis Ende 1962 gestärkt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg.      Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rleckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.  
Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.  
Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—



Gegenstand *)	Einheit †)	1963		1964												
		Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>Anzahl der Werktag</b>		20,4	20,0	22,5	21,0	20,8	22,8	18,2	21,8	23,8	22,0	22,8	23,0	21,0	21,8	
<b>Kredite an Nichtbanken <sup>12)</sup></b>																
Zentralbankensystem	Mill.DM	E	3007	4285	2810	2894	2764	2760	2668	2904	2985	3042	3067	2897	2703	4566
Kreditbanken	"	"	58220,6	59834,1	59033,3	59251,9	60116,9	60052,4	61078,7	62548,3	62993,9	62958,5	64569,7	64553,1	64747,7	
an Wirtschaft u. Private	"	"	48927,2	50078,3	48957,4	49369,4	49894,9	49881,5	50643,4	51748,5	51551,8	52053,0	53261,6	53361,6	53535,9	
kurzfristige Kredite	"	"	63,1	63,4	62,9	63,1	63,2	63,2	63,3	63,7	63,2	63,0	62,9	62,5	62,4	
dar. Wechselkredite	"	"	26,2	28,0	26,9	26,7	26,3	26,6	26,4	26,3	26,5	26,4	26,1	26,2	26,3	
mittelfristige Kredite	"	"	16,7	16,6	16,5	16,4	16,4	16,3	16,3	16,3	16,4	16,6	16,7	16,8	16,5	
langfristige Kredite	"	"	20,2	20,0	20,6	20,5	20,4	20,5	20,4	20,0	20,4	20,4	20,4	20,7	21,1	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	"	1901,5	1998,0	2124,6	2127,7	2160,6	2147,3	2150,4	2289,3	2314,0	2281,0	2424,7	2466,7	2475,9	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	7391,9	7757,8	7951,3	7734,8	8061,4	8023,6	8254,9	8510,5	8528,1	8624,5	8883,5	8724,8	8735,9	
Übrige Kreditinstitute <sup>1)</sup>	"	"	178962,5	178760,3	181529,0	183011,9	185229,2	187741,4	189877,2	192164,7	194052,7	195552,8	198065,1	200325,7	204167,4	
an Wirtschaft u. Private	"	"	124892,8	126147,0	126858,8	127944,0	129291,5	130989,8	132439,8	134206,1	135235,0	136293,2	138200,8	139714,5	142613,2	
kurzfristige Kredite	"	"	17,8	17,7	17,6	17,7	17,8	17,8	17,7	17,9	17,4	17,1	17,3	17,1	16,8	
dar. Wechselkredite	"	"	6,2	6,2	6,0	6,0	6,0	6,1	6,1	6,1	6,0	5,9	5,9	5,8	5,7	
mittelfristige Kredite	"	"	9,0	9,1	8,9	8,8	8,8	8,8	8,8	8,9	9,1	9,1	9,0	9,0	9,0	
langfristige Kredite	"	"	73,2	73,2	73,5	73,5	73,4	73,5	73,4	73,5	73,0	73,8	73,7	73,9	74,2	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	"	30167,0	30693,2	31827,7	31763,0	32342,2	32711,3	33015,5	33370,7	33960,7	34235,2	34696,0	35276,5	36068,5	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	21902,7	21920,1	22842,5	23304,9	23595,5	24040,3	24421,9	24587,9	24567,0	25024,4	25168,3	25334,7	25485,7	
<b>Bargeldumlauf und Bank- einlagen <sup>12)</sup></b>																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill.DM	E	26689	25418	25126	25891	25757	26742	26839	26689	27557	27308	27267	27442	28070	27804
Sicht- u. Termineinlagen, ges. <sup>1)</sup>	"	"	67832	72268	68542	68287	69754	68640	69845	72076	70728	71687	73100	72213	72126	75422
von Wirtschaft und Privaten	"	"	49066	52228	49732	49353	49177	50283	50850	51360	52044	52577	52119	53603	54498	56976
Sichteinlagen	"	"	71,8	72,2	69,8	69,6	70,4	70,1	70,4	71,7	71,0	71,4	71,5	71,3	72,0	71,6
Termineinlagen	"	"	28,2	27,8	30,2	30,4	29,6	29,9	29,6	28,3	29,0	28,6	28,5	28,7	28,0	28,4
von deutschen öffentl. Stellen <sup>1)</sup>	Mill.DM	"	18766	20040	18810	18934	20577	18357	18995	20716	18634	19110	20981	18610	17628	18446
Sichteinlagen bei Kreditinst.	"	"	25,3	28,0	24,0	25,6	23,1	23,2	22,5	24,6	22,5	24,7	22,6	22,6	28,6	29,7
aufser. d. Zentralbankensystems	"	"	20,0	20,6	20,1	18,3	28,2	22,7	21,8	25,2	22,7	20,4	30,1	26,6	15,4	17,4
Sichteinlagen beim ZBS <sup>1)</sup>	"	"	54,7	51,4	55,9	56,1	48,7	54,1	55,7	50,2	54,8	54,9	47,3	50,8	56,0	52,9
Termineinlagen	"	"	327	160	617	613	517	425	448	445	754	611	553	538	430	134
ERP-Sondervermögen	Mill.DM	"	78265	80971	82563	83875	84580	83336	85790	86472	87266	87952	88574	89629	90218	93501
<b>Deutsche Bundesbank</b>																
Gold und Devisen, gesamt	Mill.DM	E	30254,9	30571,2	30145,1	30894,5	30588,1	30026,1	29850,2	30811,2	30392,6	30207,6	30322,7	30303,5	29887,3	30747,4
Gold	"	"	15064,9	15137,8	15138,7	15160,1	15575,6	16001,1	16039,2	16082,9	16224,8	16308,7	16348,1	16348,9	16349,6	16730,8
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	14879,9	15016,2	14661,9	15411,4	14619,2	13617,3	13388,2	14273,5	13693,8	13419,1	13501,0	13478,5	13041,3	13453,2
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	310,3	417,2	344,5	323,0	388,3	407,7	422,7	454,3	474,0	479,8	473,6	476,1	496,4	563,4
<b>Wertpapiermarkt</b>																
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien <sup>2)</sup>	Mill.DM	S	1449,9	1439,0	3184,9	1340,2	1484,0	1570,1	1452,1	1950,3	1726,0	1497,8	1267,2	1533,1	1086,8	1318,3
Pfandbriefe	"	"	24,4	34,0	19,7	20,7	25,5	33,7	19,9	21,4	24,6	21,4	20,2	24,6	33,5	41,3
Kommunalobligationen	"	"	19,9	16,9	26,2	26,8	27,4	23,1	13,4	11,6	16,7	14,5	12,1	18,5	15,2	21,5
Öffentliche Anleihen	"	"	46,8	3,5	27,6	20,1	23,9	7,4	29,2	22,8	10,8	27,1	25,6	29,9	34,0	10,3
Industrieobligationen	"	"	1,7	22,9	1,9	7,5	3,4	10,0	12,7	12,6	4,6	3,7	—	3,3	—	0,5
Aktien	"	"	2,6	5,2	6,4	4,2	3,4	11,0	7,5	7,6	14,6	12,8	11,0	8,3	8,3	5,4
Kursdurchschnitt <sup>3)</sup>	31.12.53															
Aktien <sup>4)</sup>	= 100	D	534	538	567	579	600	596	584	574	583	594	599	577	562	561
5%ige Pfandbriefe	"	"	117,30	117,46	118,17	118,97	119,52	119,59	119,76	119,89	119,92	120,04	120,04	119,90	119,58	119,69
5%ige Kommunalobligationen	"	"	116,04	116,03	116,36	116,88	117,21	117,47	117,61	117,88	117,68	117,80	117,82	117,94	118,25	118,29
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	118,72	118,95	119,90	120,83	121,60	121,77	122,02	122,25	122,36	122,55	122,54	122,29	121,81	121,65
<b>Finanzen</b>																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder <sup>5)</sup>	Mill.DM	S	5830,3	9927,5	6184,4	5239,2	8735,7	5344,8	5657,4	9468,7	6092,8	6057,2	9488,3	6040,6	6189,8	10992,8
Einkommen- u. Körperschaftst. <sup>6)</sup>	"	"	1769,2	6279,8	2309,5	1690,5	5419,6	1797,6	1853,2	5873,6	2166,7	1884,6	5751,4	1983,3	1892,6	6840,3
Lohnsteuer	"	"	1339,6	1499,5	1609,8	1118,5	866,5	987,1	1110,5	1150,6	1456,0	1424,7	1425,7	1585,6	1558,2	1781,0
Veranl. Einkommenst.	"	"	235,1	2889,0	411,0	317,8	2839,0	588,9	476,5	2840,0	349,7	218,5	2680,9	188,6	163,0	3067,7
Körperschaftsteuer	"	"	142,3	1864,8	185,5	135,9	1663,9	160,7	193,2	1653,8	151,1	63,9	1612,5	169,9	99,0	1925,7
Umsatzsteuer	"	"	1919,6	1799,0	2108,7	1567,9	1493,1	1710,7	1820,8	1742,3	1892,4	1867,1	1754,0	1970,0	2035,8	1963,9
Zölle und Verbrauchsst.	"	"	1412,9	1413,5	1308,1	1259,4	1400,1	1351,5	1235,0	1414,8	1534,1	1483,8	1525,4	1597,0	1453,2	1685,2
Lastenausgleichsabgaben <sup>7)</sup>	"	"	378,4	67,3	64,6	356,6	48,2	80,5	346,5	46,3	76,9	334,4	53,1	88,9	372,0	90,4
<b>Außenhandel</b>																
Einfuhr, insgesamt	Mill.DM	S	4387	4360	4310	4236	4632	4923	4388	4933	5245	4562	4983	5479	5471	5678
Ausfuhr, insgesamt	"	"	5299	5449	4960	5152	5447	5690	5125	5402	5471	4688	5315	5949	5561	6151
Saldo <sup>8)</sup>	"	"	+ 912	+ 1089	+ 650	+ 916	+ 815	+ 767	+ 737	+ 469	+ 226	+ 126	+ 332	+ 470	+ 90	+ 473
Einfuhrvolumen <sup>9)</sup>	"	"	4733	4630	4554	4454	4914	5182	4605	5198	5577	4812	5380	5839	5760	5921
Ausfuhrvolumen <sup>9)</sup>	"	"	5359	5410	4983	5116	5420	5675	5112	5450	5407	4586	5274	5879	5471	5979
Terms of Trade <sup>10)</sup>	1960=100	D	106,7	106,9	105,2	105,9	106,6	105,6	105,2	104,4	107,7	107,8	108,4	107,9	107,1	107,3
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill.DM	S	1151	1194	1102	1012	1119	1144	1088	1196	1167	1087	1145	1268	1350	1359
Rohstoffe	"	"	794	841	902	829	903	934	892	888	935	879	901	899	935	1016
Halbwaren	"	"	671	668	721	688	665	821	727	831	939	805	843	913	870	957
Fertigwaren	"	"	1708	1604	1550	1674	1903	1977	1643	1955	2141	1744	2056	2337	2257	2283
davon:																

Gegenstand	Einheit †)	1963			1964													
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
<b>Ver. St. v. Amerika</b>																		
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	V <sup>10)</sup>		599,0				608,8					618,6			628,4		633,5
Privater Verbrauch	"	" <sup>10)</sup>		381,3				390,0					396,1			404,6		406,2
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	" <sup>10)</sup>		92,9				93,6					92,9			94,3		97,0
Öffentlicher Bedarf	"	" <sup>10)</sup>		124,8				125,2					129,6			129,5		130,3
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	1000	E	69891	69325	68615	67228	68002	68517	69877	71101	71953	72405	72104	70805	71123	70793	70375	
Arbeitslose	"	E	3453	3936	3846	4565	4524	4293	3921	3640	4692	3813	3654	3317	3252	3373	3466	
Ind. Produktion <sup>2)</sup>	1957/59 = 100	D	125,9	126,1	126,8	127,7	128,2	129,0	130,5	131,3	131,6	132,9	133,8	134,0	131,7	134,9	137,0	
Lagerhaltung verb. Ind. <sup>3)</sup>	Mrd. \$	S	59,32	59,78	60,15	59,99	60,11	60,33	60,53	60,40	60,49	60,76	61,02	61,77	62,58	62,76		
Außenh., Generaleinfuhr	Mill. \$	E	1578	1428	1512	1465	1322	1567	1555	1434	1577	1615	1491	1568	1644	1655		
Generalausfuhr	"	E	2056	2079	2132	2091	2063	2151	2170	2225	2067	2088	1942	2112	2258	2242		
Goldbestand	"	E	15582	15582	15562	15513	15480	15462	15462	15462	15462	15463	15462	15462	15462	15442		
Konsumkredite <sup>10)</sup>	"	S	52257	52695	53745	53597	53552	53795	54382	55120	55914	56496	57055	57446	57826	58085		
Emissionen <sup>4)</sup>	"	S	2977	2117	2312	2482	2022	2121	4990	2267	3056	2167	4128	2453	2908			
Aktienkurse (500 Aktien) <sup>5)</sup>	1941/43 = 100	D	73,03	72,62	74,17	76,45	77,39	78,80	79,94	80,72	80,24	83,22	82,00	83,41	84,85	85,44	83,96	
Rendite öff. Anleihen	%	S	4,07	4,10	4,14	4,15	4,14	4,14	4,20	4,16	4,13	4,13	4,14	4,16	4,16	4,12	4,14	
Staatseinnahmen	Mill. \$	S	4423	9617	10503	6628	11525	12168	8334	10652	14286	4745	10552	11739	4344	9716		
Staatsausgaben	"	S	10740	9812	10069	9848	9393	9390	10163	9533	10290	10217	11218	9700	10512	9281		
Großhandelspreise <sup>6)</sup>	1957/59 = 100	D	100,5	100,7	100,3	101,0	100,5	100,4	100,3	100,1	100,0	100,4	100,3	100,7	100,8	100,7	100,8	
Lebenshaltungskosten <sup>7)</sup>	"	M	107,2	107,4	107,6	107,7	107,6	107,7	107,8	107,8	108,0	108,3	108,2	108,4	108,5	108,7	108,8	
<b>Großbritannien</b>																		
Bruttosozialprodukt	Mill. £	V			7031			6630					7034			7029		
Privater Verbrauch	"	V			5230			4813					5213			5315		
Bruttoinvestition einschl. Außenbeitrag	"	V			1348			1270					1257			1209		
Öffentlicher Verbrauch	"	V			1314			1298					1344			1356		
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	1000	E	24211	24221	24234	24045	24046	24061	24199	24190	24250	24300	24397	24409	24411	24416		
Registrierte Arbeitslose	"	E	474,4	474,4	459,8	500,7	464,1	425,4	411,6	369,1	321,9	317,5	368,5	341,7	347,8	350,0	348,8	
Ind. Produktion <sup>2)</sup>	1958 = 100	D	128	131	122	125	131	128	131	128	132	116	113	130	134	137		
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. £	S	470,1	410,3	410,7	494,9	419,8	428,7	467,3	436,0	456,0	440,2	431,5	435,8	479,1	442,7	447,3	
Spezialausfuhr	"	S	354,9	353,8	363,7	331,0	358,1	391,0	342,5	398,6	349,7	327,9	345,7	301,9	362,4	365,7	380,5	
Gold u. Devisenreserven	Mill. \$	E	2756	2772	2658	2674	2026	2660	2713	2761	2705	2677	2584	2540	2453	2344	2316	
Emissionen <sup>3)</sup>	"	E	96,3	63,3	71,1	100,4	51,4	97,1	80,1	66,4	55,4	89,0	49,2	52,8	39,8	34,5	27,4	
Aktienkurse (Fin. Times)	1935 = 100	D	338,4	342,4	344,9	336,8	330,8	337,8	346,5	343,3	343,5	354,6	361,1	367,2	361,8			
Rendite öff. Anleihen	%	S	5,43	5,64	5,79	5,83	5,96	5,95	5,95	6,06	6,11	6,03	6,04	6,04	6,07	6,07	6,25	
Staatseinnahmen	Mill. £	S	377,3	658,0	425,1	758,9	1155,6	700,6	359,4	645,7	484,5	348,9	758,0	529,8	522,0	587,7	551,7	
Staatsausgaben	"	S	410,0	652,8	594,9	419,0	741,5	753,8	387,3	677,8	563,1	430,6	742,0	615,9	555,1	530,6	702,2	
Großhandelspreise	"	S																
Industrieller Güter <sup>10)</sup>	1954 = 100	D	121,1	121,1	121,5	122,1	122,2	122,3	123,5	124,3	124,4	124,8	125,1	125,5	125,7	126,4	126,5	
Lebenshaltungskosten <sup>11)</sup>	16. 1. 1962 = 100	M	103,7	104,0	104,2	104,7	104,8	105,2	106,1	107,0	107,4	107,4	107,8	107,8	107,9	108,8	109,2	
<b>Frankreich</b>																		
Arbeitslose	1000	E	84,5	90,6	96,3	100,1	111,2	109,1	101,1	96,8	86,4	77,4	76,3	80,5	90,0	105,9	117,1	
Ind. Produktion	1959 = 100	D	144	136	143	143	138	141	146	136	145	128	83	138	146	142		
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. NF	S	4025	3837	4157	4251	4175	4357	4590	4151	4421	4020	3109	3857	4150	4084		
Spezialausfuhr	"	S	3793	3408	3711	3608	3709	3795	3806	3484	3935	3726	2733	3442	4119	3978		
Gold u. Devisenreserven	Mill. \$	E	4338	4417	4457	4481	4494	4477	4533	4681	4737	4813	4827	4863	4902	4999	5105	
Aktienkurse (124 Ind.-Akt.)	31. 12. 58 = 100	D	85,1	81,6	81,8	86,5	80,9	77,3	77,5	73,5	69,0	78,3	78,6	74,1	75,6	77,3	77,1	
Rendite öff. Anleihen	%	S	4,94	4,99	4,89	4,99	5,03	4,97	5,05	5,15	5,36	4,97	5,06	5,10	5,08	5,11		
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	D	196,9	197,9	200,3	199,8	198,1	196,3	195,4	198,3	198,3	195,5	196,4	198,0	200,3	201,9		
Lebenshaltungskosten <sup>12)</sup>	1962 = 100	M	106,2	106,7	106,9	107,1	107,1	107,3	107,4	107,6	107,8	107,9	108,1	108,5	109,1	109,0	109,1	
<b>Italien</b>																		
Arbeitslose	1000	E	398			454			260			236						
Ind. Produktion	1953 = 100	D	269,5	251,8	249,1	251,9	244,1	252,6	252,3	239,3	237,0	254,3	181,1	247,5	255,8	245,8		
Außenhandel, Einfuhr	Mrd. Lire	S	426	445	383	447	435	417	407	395	397	343	280	337	369	319		
Außenh., Ausfuhr	"	S	301	285	262	261	281	283	306	287	320	359	280	332	356	316		
Gold u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3254	3130	3057	3044	2856	2945	2931	2960	2976	3017	3065	3233	3397	3566	3674	
Aktienkurse	1958 = 100	D	177	184	188	176	166	157	142	152	138	135	134	148	148	143		
Rendite öff. Anleihen	%	S	5,62	5,62	5,87	5,70	5,56	5,75	5,95	6,53	7,18	7,04	6,64	6,14	6,17			
Großhandelspreise	1953 = 100	D	109,0	109,7	110,2	110,7	110,6	110,7	110,5	110,3	110,3	110,1	110,2	110,9	111,8	112,0	112,2	
Lebenshaltungskosten	"	M	134,8	135,3	136,2	137,2	137,4	137,8	138,0	139,2	140,1	140,9	141,3	141,9	142,5	143,5	144,1	
<b>Niederlande</b>																		
Arbeitslose	1000	E	33,8	37,2	51,3	53,4	48,1	40,0	33,4	27,8	26,7	32,8	31,9	32,8	34,8	38,8		
Ind. Produktion	1958 = 100	D	159	151	144	146	136	149	152	143	152	145	138	153	167			
Außenh., Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	2062	1987	1848	2134	2060	1989	2316	2033	2272	2302	1806	2023	2274			
Spezialausfuhr	"	S	1745	1605	1406	1637	1614	1592	1733	1647	1777	1750	1467	2021	1999			
Gold u. Devisenreserven	Mill. \$	E	1900	1906	1899	1860	1840	1833	1802	1817	1786	1869	1879	1960	1965	2069	2084	
Emissionen <sup>13)</sup>	Mill. hfl.	S	103,8	410,7	28,7	12,5	14,2	112,0	301,0	4,5	136,6	89,9	224,0	46,7	263,3	231,7		
Aktienkurse	1953 = 100	D	391	387	391	407	401	402	411	416	409	403	402	411	410	404		
Rendite öff. Anleihen	%	S	4,31	4,49	4,69	4,72	4,66	4,62	4,69	4,69	4,90	5,19	5,03	4,98	5,11	5,20	5,25	
Großhandelspreise	1948 = 100	D	145	147	148	150	150	150	151	150	152	150	151	151				
Lebenshaltungskosten	1959/60 = 100	M	109	109	110	112	112	113	118	115	115	116	117	116				
<b>Belgien</b>																		
Arbeitslose <sup>14)</sup>	1000	D	36	42	127	120	63	67	40	36	32	32	30	34	37	49		
Ind. Produktion	1953 = 100	S	161	162</														